



Marktgemeinde Absdorf

Bez. Tulln/NÖ, 3462 ABSDORF, Hauptplatz 1

☎ 02278/2203 - Fax /2203-15

E-Mail: marktgemeinde@absdorf.gv.at

<http://www.absdorf.gv.at>

Erfüllung Art.13–EU-DSGVO – Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person

Art.14 – EU-DSGVO – Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben, wurden.

Datenschutzerklärung für den NÖ Landeskindergarten in der MARKTGEMEINDE ABSDORF

Folgende Grundsätze sind uns wichtig und werden eingehalten:

Wir respektieren und achten darauf, dass sowohl bei der Datenverarbeitung als auch bei der Datenübermittlung die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen der Betroffenen nicht verletzt werden.

Wir ermitteln und verarbeiten, im Interesse der Eltern und Erziehungsberechtigten, personenbezogene Daten nur in dem für die Verwaltung unbedingt erforderlichen Umfang und halten sie auch nur solange gespeichert, wie dies für die Erfüllung der Verwaltungsaufgaben erforderlich ist.

Wir achten darauf, dass personenbezogene Daten, die nach den oben angeführten Grundsätzen zur Verarbeitung gelangen, auch richtig, vollständig und zutreffend sind.

Wir unternehmen alle vertretbaren Anstrengungen, dass personenbezogene Daten, die nach o.a. Grundsätzen gespeichert sind und verarbeitet werden, nur von solchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingesehen werden können, die mit der Erledigung der konkreten Aufgabe beauftragt sind und sich zur Geheimhaltung der Ihnen anvertrauten Daten verpflichtet haben. Die Daten dürfen nur im Zuge einer solchen Erledigung eingesehen werden. Unabhängig davon wird die auftrags- und zweckmäßige Verwendung von personenbezogenen Daten dokumentiert und regelmäßig kontrolliert.

Die Datenverarbeitung durch die MARKTGEMEINDE ABSDORF erfolgt im Einklang mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DSGVO).

Wir speichern Daten, die wir von Ihnen bzw. Ihren Kindern im Rahmen der Anmeldung zum NÖ Landeskindergarten Absdorf erhalten.

Wir verwenden die im Zuge der Anmeldung aufgenommenen und gem. § 18 NÖ Kindergartengesetz erforderlichen personenbezogenen Daten entsprechend den in § 18 Abs. 1 NÖ Kindergartengesetz angeführten Zwecken (wie u.a. zur Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Kindergartenpflicht, zu statistischen Zwecken und zur Steuerung der Bedarfsdeckung).

Die Daten der Erziehungsberechtigten werden darüber hinaus zur Abrechnung der Essensbeiträge verwendet.

Daten der Kindergartenkinder sowie ihrer Erziehungsberechtigten werden entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung nach § 25 NÖ Kindergartengesetz weitergegeben.

Im letzten (verpflichtenden) Kindergartenjahr nach § 19a des NÖ Kindergartengesetzes stützen wir uns bei der Datenverarbeitung wie auch in den vorangegangenen Jahren auf den § 38 des NÖ Kindergartengesetzes „automatisierte Datenverarbeitung“ sowie auf die gesetzliche Grundlage gemäß Art. 6 Abs 1 lit c DSGVO.

Bei den Veranstaltungen des Kindergartens werden Fotos nur mit Ihrer schriftlichen Einwilligung gemacht. Auch eine Veröffentlichung der Fotos, mit einer Angabe der Medien, darf nur mit Ihrer schriftlichen Einwilligung, erfolgen.

Im gesamten Kindergartengebäude und dem außenliegenden Kindergartenareal gilt bis auf Widerruf der Kindergartenleitung ein Filmen und Fotografieren als verboten.

Mit welchen Folgen einer Nicht-Bereitstellung der Daten müssen Sie rechnen:

Die Nicht-Bereitstellung der Daten führt dazu, dass wir die Leistung Ihnen gegenüber nicht erbringen können bzw. nicht dürfen.

Datenübermittlung bzw. Weitergabe an Dritte – Auftragsverarbeitung

Eine Übermittlung Ihrer Daten an Dritte findet grundsätzlich nicht statt, es sei denn, wir sind gesetzlich oder vertraglich dazu verpflichtet, oder Sie haben in die Datenweitergabe eingewilligt.

Externe Auftragsverarbeitende erhalten Ihre Daten nur soweit dies zur Vertragsabwicklung notwendig ist oder ein berechtigtes Interesse als Rechtsgrundlage zur Anwendung eingesetzt wurde. Sofern eine/r unserer Auftragsverarbeitenden mit Ihren personenbezogenen Daten in Berührung kommt, stellen wir durch den Abschluss von Auftragsverarbeitungsverträgen gem. Art. 28 DSGVO sicher, dass dieser die Vorschriften der Datenschutzgesetze in gleicher Weise einhält, wie wir selbst dies tun. Solch eine Vereinbarung haben wir mit dem Betreiber der Kidsfox Cloud Software getroffen.

Das Land NÖ stellt mit einer Kooperation der NÖ Gemeinden alle Landes-Kindergärten, auf eine neue Verwaltungs-Software, unter der Bezeichnung KIGAnet, um. Diese Konstellation der Zusammenarbeit, erfordert in einigen datenschutzrechtlichen Bereichen, den Artikel 26 der DSGVO (Gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche).

Die Gemeinde als Auftragsverarbeiter kann die Kindergartenverwaltungssoftware für die Verarbeitung von Daten zu folgendem eigenem Zweck nutzen:

- Abrechnung von durch die Erziehungsberechtigten zu zahlenden Kostenbeiträgen

Diesbezüglich trifft die Gemeinde die Verantwortung für die folgenden Verpflichtungen:

- Erfüllung der Informationspflichten bei der Erhebung von personenbezogenen Daten bei den Betroffenen;
- Erfüllung der Informationspflichten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei den Betroffenen erhoben wurden;
- Zur Verfügung stehen als Anlaufstelle für die Geltendmachung von Rechten durch Betroffene.

Wenn Betroffene ihr Begehren nicht an den/die zuständige/n Verantwortlichen richten, wird die/der die Anfragen entgegennehmende Verantwortliche die Anfrage längstens binnen eines Arbeitstages an den/die zuständige/n Verantwortliche/n weiterleiten.

Im Bewusstsein der gesetzlich normierten Fristen für das Entsprechen von Betroffenenbegehren stellen die gemeinsam Verantwortlichen durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen sicher, dass diese Frist eingehalten wird.

Die Gemeinde als Kindergartenerhalterin trifft weiters die Verantwortung der Datensicherung innerhalb des Kindergartengebäudes – z.B. bei der von der Gemeinde zur Verfügung gestellten PCs oder der gemeinsamen Nutzung von einem bestehenden Netzwerk durch Gemeinde und Kindergarten mit Passwortschutz, Schulung des Personals betreffend Nutzung der Infrastruktur der Gemeinde, abschließbare Schränke für Datenmaterial in Papierform. etc.

Austausch personenbezogener Daten

Die Gemeinde kann personenbezogene Daten gegenüber Dritten offenlegen, wenn sie in Treu und Glauben davon überzeugt ist,

- dass dies vom Gesetz verlangt wird;
- dass dies auf eine gesetzliche oder gerichtliche Anordnung hinauf erfolgt;
- dass dies für den Schutz von Rechten, Eigentumsrechten oder der Sicherheit der Gemeinde oder den mit der Gemeinde verbundenen Unternehmen, Geschäftsverbindungen, KundInnen oder anderen Personen erforderlich ist.

Empfängerkategorien

Auftragsverarbeiter (insbesondere IT-Dienstleister) erhalten Ihre Daten, sofern sie diese zur Erfüllung ihrer jeweiligen Leistung benötigen. Bei Vorliegen einer gesetzlichen Verpflichtung können andere öffentliche Stellen und Behörden Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten sein.

Speicherdauer bzw. Löschungsfristen

Die Aufbewahrungsdauer der einzelnen Datenverarbeitungen ergibt sich entweder aus speziellen gesetzlichen Bestimmungen oder aus den jeweiligen Skartierungsvorschriften. So sind z.B. Bücher, Aufzeichnungen und Belege entsprechend der BAO sieben Jahre aufzubewahren. Daten, die wir ausschließlich auf der Grundlage Ihrer Einwilligung verarbeiten, werden bis zum Widerruf Ihrer Einwilligung oder bis zum Wegfall des Zweckes der Datenerhebung von der Marktgemeinde Absdorf gespeichert und anschließend umgehend gelöscht.

- Ihre personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies für die oben erwähnten Zwecke notwendig ist.
- Aufgrund von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten kann sich eine längere Speicherdauer ergeben. Nach Ablauf der entsprechenden Fristen werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht, sofern die DSGVO keine andere Rechtsgrundlage für eine länger andauernde Speicherung enthält.
- Oftmals sind wir, v.a. aufgrund des Archivgesetzes, gesetzlich verpflichtet, Ihre Daten länger zu speichern. In diesen Fällen löschen wir Ihre Daten nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist.

Es werden keine Daten in Drittländer übermittelt.

Weitere Information gemäß Art. 14 DSGVO:

Datenerhebung aus anderer Quelle

Wenn wir die Daten nicht bei Ihnen persönlich erheben, verarbeiten wir Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen wie dem Firmenbuch, Vereinsregister, Grundbuch, Telefonbuch oder anderen öffentlichen Medien.

Aus diesen Quellen erheben wir Daten wie Namen, Kontaktdaten, Geburtsdaten, Staatsangehörigkeit und Legitimationsdaten.

Kategorien personenbezogener Daten

Personenbezogene Daten der Kategorie "besondere Daten" nach Art. 9 und Art. 10 DSGVO, wie z.B. Gesundheitsdaten, Religionsbekenntnis oder strafrechtlich relevante Daten werden nur in Ausnahmefällen (gemeindeeigenes Altenheim), auf gesetzlicher Grundlage (wie z.B. dem Meldegesetz) oder Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erhoben und mit der vorgeschriebenen Sorgfalt verarbeitet.

Betroffenenrechte

Unabhängig von der Art der Datenerhebung stehen Ihnen als betroffene Person immer folgende Rechte zu:

- Das Recht auf Auskunft (*Art. 15 DSGVO*): das Recht auf Auskunft soll dazu dienen, die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung überprüfen zu können. Betroffene Personen können nach erfolgter Identitätsfeststellung Auskunft darüber verlangen, ob, in welchem Ausmaß und zu welchem Zweck der Verantwortliche Daten von Ihnen verarbeitet oder ob und an wen die Daten weitergegeben werden. Die betroffene Person kann darüber hinaus eine Kopie dieser Daten verlangen. Binnen eines Monats erhalten Sie eine Rückmeldung bezüglich Ihres Auskunftsbegehrens.
- Das Recht auf Berichtigung (*Art. 16 DSGVO*): Betroffene Personen können vom Verantwortlichen die Berichtigung und Vervollständigung ihrer Daten verlangen.
- Das Recht auf Löschung bzw. Recht auf „Vergessenwerden“ (*Art. 17 DSGVO*) berechtigt betroffene Personen, vom Verantwortlichen die Löschung ihrer Daten zu verlangen, wenn diese für den Zweck, für den sie erhoben wurden, nicht mehr benötigt werden. Abgeleitet aus dem Grundsatz der Datenminimierung ergibt sich darüber hinaus auch eine Verpflichtung der/des Verantwortlichen, die Daten von sich aus zu löschen, wenn z.B. eine erteilte Einwilligung widerrufen wurde.
- Das Recht auf Einschränkung (*Art. 18 DSGVO*): gilt ergänzend zum Recht auf Löschung. Wenn Sie vermuten, dass die von Ihnen verarbeiteten Daten nicht korrekt sind, oder dass die Verarbeitung nicht rechtmäßig erfolgt, können Sie einen Einschränkungsantrag stellen. Dann bleiben Ihre Daten zwar gespeichert, eine weitere Verarbeitung kann aber nur noch mit Ihrer Einwilligung erfolgen.
- Das Recht auf Datenübertragbarkeit (*Art. 20 DSGVO*) ermöglicht es Ihnen, vom Verantwortlichen zu verlangen, dass er die Daten, die Sie ihm bereitgestellt haben, auf einen anderen Verantwortlichen überträgt.
- Das Recht auf Widerspruch (*Art. 21 DSGVO*): Wenn wir Ihre Daten aufgrund eines berechtigten oder öffentlichen Interesses verarbeiten, können Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, dagegen Widerspruch erheben.
- Eine weitere Verarbeitung darf dann nur stattfinden, wenn zwingende, schutzwürdige Gründe unsererseits dafür vorliegen (Interessenabwägung).

Gemäß § 16 Abs 8 MeldeG 1991 besteht hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten nach diesem Bundesgesetz kein Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO sowie kein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO.

Wenn die Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung erfolgt, steht Ihnen darüber hinaus gem. Art. 7 Abs 3 DSGVO das Recht auf Widerruf der von Ihnen erteilten Einwilligung zu. Die bis zum Widerruf getätigte Datenverarbeitung wird vom Widerruf nicht berührt.

Die oben genannten Rechte können Sie gegenüber der/dem Verantwortlichen geltend machen, indem Sie einen entsprechenden Antrag auf Auskunft, Löschung etc. übermitteln. Die Gemeinde wird unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Antrags dazu Stellung nehmen.

Angemessene Anträge werden von uns unentgeltlich bearbeitet.

Bei Verletzungen Ihres Rechtes auf Datenschutz oder sollten Sie der Meinung sein, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt, können Sie eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einbringen. Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Datenschutzbehörde der Republik Österreich.

Diese erreichen Sie unter
1030 Wien, Barichgasse 40-42
Telefon: +43 1 52 152-0
dsb@dsb.gv.at